



PARIS, 13 NOVEMBRE 2015

R

[1.AUSCHWITZ-PROZESS-FRANKFURT](#)

[BUCH "STAATSAFFÄRE NSU"](#)

[DAVID IRVING](#)

[DEUTSCHER WIDERSTAND](#)

[FREIE UNIVERSITÄT](#)

[IHK BERLIN| DIE KAMMER VERWEIGERT SICH. JETZT ERST RECHT DRUCK AUFBAUEN! #LAGESO @IHKBERLIN](#)

[IRAN](#)

[KONTAKT](#)

[NSU - UA](#)

[NSU-MORDOPFER](#)

[NSU-NETZWERK](#)

[NSU-OLG MÜNCHEN](#)

[NSU-RÄTSEL](#)

[NSU-V-LEUTE](#)

[PRESSE](#)

[RECHTSEXTREMISMUS](#)

[VERFASSUNGSSCHUTZGESETZE DEU](#)

[VERÖFFENTLICHUNGEN](#)

[VITA](#)

Politik & Zeitgeschehen

PUA THÜRINGEN| VOLLSTÄNDIGER TICKER VOM UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS AM 10. JUNI 2013

17. Juni 2013 · von (LB)LutzBucklitsch · in *Hintergrund, Medien, NSU, Politik, Rechtsextremismus, Untersuchungsausschuss* · [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Am heutigen Montag finden wieder mehrere Zeugenbefragungen im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss zum Komplex Garagendurchsuchung 1998 statt. Geladen sind Vorgesetzte und politische Verantwortungsträger, darunter der ehemalige Dezernatsleiter im LKA, der ehemalige Sachbearbeiter Trilus im Innenministerium, der damaliger Referatsleiter des Innenministeriums sowie der zu dieser Zeit amtierende Staatssekretär im Innenministerium. Wir tickern an dieser Stelle wieder vom Geschehen im Ausschuss. (Aktualisiert)

Zum Nachlesen, chronologisch von unten nach oben die Befragungen vom 10.6.2013 im Erfurter NSU-Ausschuss.

[nach unten springen](#)

 [1. Zeugenbefragung vom Innenministeriums-Mitarbeiter Trilus](#) (Zeit hier: 10.37 bis 15.31)

 [2. Zeugenbefragung vom Innenministeriums-Abt.-Leiter Ryzcko](#) (Zeit hier: 15.33 bis 18.59)

 [3. Zeugenbefragung vom Ex-Staatssekretär Lehnert](#) (Zeit hier: 19.00 bis 19.44)

Der heutige Ausschuss wurde jetzt beendet. Nächster Termin Ende Juni.

19.44

Mehrfach intervenierte die Vorsitzende bei Antworten des Zeugen, weil er für diese als Grundlage nicht seine Erinnerungen sondern ausschließlich die Äußerungen aus dem Schäferbericht nutzt. Es gibt keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen, er wird entlassen.

19.42

Die Abg. König fragt weiter zu G10-Maßnahmen und ob er bei diesen eine Rolle spielte. Er äußert, dass er derjenige sei, der zu G10-Maßnahmen die Parlamentarische Kontrollkommission unterrichtet habe. Die Vorsitzende Marx hakt ein und fragt, ob er den G10- oder den PKK Ausschuss meint, weil das ja in Thüringen getrennt sei? Der Zeuge grübelt, er wisse er nicht genau, dass müsste er nochmal nachschlagen. **König zitiert aus dem neuen Buch von Helmut Roewer, "Nur für den Dienstgebrauch", in dem Rower ein Dreier-Gespräch mit dem Zeugen Lehnert und Innenminister Dewes schildert, wonach Einigkeit darüber herrschte, das das Landesamt für Verfassungsschutz nach dem Trio fahnden sollte. Der Zeuge könne sich auf Nachfrage daran nicht erinnern, er kenne das Buch nicht. Die Aussage sei vielleicht aus dem Zusammenhang gerissen meint er. Ob Roewer die Verfassungsschutz-Fahndung mit Dewes oder dem Zeugen hätte abstimmen müssen? Nein antwortet Lehnert.**

19.40

Abg. König fragt weiter zur vermeintlich erfolgreichen Strategie im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in den 90er Jahren und was die Linie an "entschlossen gegen Rechts" beinhaltet habe? Der Zeuge spricht von einer niedrigen Einschreitschwelle und der Null-Toleranz-Strategie. Ob er das auf Demonstrationen beziehe, fragt sie ihn und er bejaht. Abg. König, fragt ob die harte Linie auch für Gegendemonstrant/innen bei "Saalfeld 2" (1998) galt, dass könne er nicht sagen, da war er nicht dabei. Er er erinnere sich aber noch an Mord 1998 und an die Abläufe. Er weis, dass es "so etwas sei dem nicht mehr so gab". Abg. König will wissen was er damit meine, die Demonstrationen auf beiden Seiten? Es macht den Eindruck, als verteidige der Zeuge die grundsätzliche Linie von damals [hartes Vorgehen gegen Neonazis und ihren Gegnern], Katharina König fragt weiter ob er das Verbot von Anti-Nazi-Demonstration zu dieser erfolgreichen Strategie zähle, der Abg. Kellner interveniert und kritisiert, dass kein Bezug mehr zum heutigen Beweisthema zu erkennen sei.

19.36

Zeitweise geht es nochmal um die mündliche Anfrage von 1998 [siehe Trilus], die von Minister Dewes 1998 beantwortet wurde. Die Abg. König bezieht sich auf die Äußerungen des vorherigen Zeugen Ryzcko, und möchte wissen ob Lehnert Kenntnis darüber habe, warum der Zeuge Ryzcko innerhalb der Abteilungen vier und fünf versetzt wurde. Der Zeuge Lehnert kann sich das nicht erklären bzw. weis es nicht mehr. Eigentlich hätte er an einer solchen Entscheidung beteiligt gewesen sein müssen. "Es gibt ja nur zwei Spitzen, den Minister und den Staatssekretär", er könne sich an Ryzkos Versetzung aber nicht mehr erinnern. Auf die von Ryzcko benannten Gründe wegen Wahlkampf reagiert der Zeuge abweisend, das könne er sich nicht vorstellen, Ryzcko habe keine Rolle im Wahlkampf gespielt.

19.31

Der Zeuge unternimmt einen weiteren Exkurs zur Polizeiaufbauarbeit den 90er Jahren. Er berichtet auch, dass er 1999 aus dem Innenministerium ausgeschieden sei. Der Abg. Adams spricht weiter zum Thema, es geht um die ZEX [Zentrale Ermittlungsgruppe Extremismus] und der Frage, ob man nicht mit einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft ein Pandon auf Justiz-Seite hätte aufbauen können. Auch die Fahndung durch den Verfassungsschutz ist kurz wieder Thema, der VS mache eigentlich keine Fahndung äußert der Zeuge. Er kenne es jedoch, dass der Verfassungsschutz der Polizei

beispringe und diese unterstütze, z.B. bei Observationen, auch in anderen Bundesländern.

19.25

Auf die damalige Radikalisierung angesprochen meint Lehnert, dass die Einschätzung zur Entwicklung der Szene alles andere als falsch war. Es schmerze ihn heute, wenn er Äußerungen höre, wie "Thüringen war auf dem rechten Auge blind", man könne das an bestimmten Dingen auch widerlegen. Er führt "Saalfeld 1" und "Saalfeld 2" an, Großdemonstrationen im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, wo die Polizei entschlossen gegen rechts durchgegriffen habe, so Lehnert. Seit dem hätte es "sowas" nicht mehr gegeben. Diese Linie habe der Minister vorgegeben, also die Hausspitze, nicht der Polizeipräsident meint der Zeuge.

19.22

Es geht weiter um einen Herr Wallentowski, die ZEX bzw. die Stabsstelle Rechtsextremismus und die Änderung der Fachaufsicht im Verfassungsschutz (Abt.2 > Abt.4.). In den Äußerungen von Lehnert blickt durch, dass es keine Differenzierung zwischen Rechts und Links in den 90er Jahren gegeben habe, Lehnert selbst äußert heute, dass der Schwerpunkt eindeutig rechts lag. Er berichtet darüber, dass er 11 Jahre lang Mitglied der AG Kripo und LKA-Direktor gewesen sei, er habe auch 1,5 Jahre als LKA-Direktor in Ostberlin verbracht und dabei geholfen, die LKA's in den fünf neuen Bundesländern aufzubauen. Die Verantwortlichkeit [für Pannen] lag nicht nur bei der Polizei, "die Polizei ist immer der Prügelknabe", "Herrin eines Ermittlungsverfahrens ist [aber] immer die Staatsanwaltschaft" so Lehnert. "Das Zusammenspiel mit der Justiz war nicht gerade segensreich" resümiert er.

19.13

Lehnert gibt an, dass er noch wisse, dass er in den 90er persönlich angeordnet habe, dass es jeweils am Freitag in der Woche eine Lage gibt, bei dem es zwischen Polizei und Verfassungsschutz zu einem Austausch kommt, bei dem vor allem über anstehende Skinheadkonzerte Informationen und Maßnahmen gegenseitig berichtet werden sollten. Abg. Renner fragt, wer ihn regelmässig informiert habe. Dass sei Abt. Leiter 4 Herr Eggers gewesen. Auf die Frage wer stellvertretend berichtet habe, kann er keine genauen Angaben mehr machen, es dürfte aber der nächste ranghöhere Beamte in der Abteilung gewesen sei, so der Zeuge.

19.06

Es geht zunächst um die mündliche Anfrage von 1998 zur Garagenrazzia, die vom Minister Dewes beantwortet wurde. Lehnert berichtet dann auch über getroffene Konsequenzen aus dem Jahr 1998, es sei ein Staatsschutzdezernat eingerichtet worden an statt verschiedener Sonderkommissionen. Es geht auch um die Sondereinheit ZEX. Auf Nachfrage des Abg. Kellner berichtet er, dass ihm die Kofferbombenfunde ca. 14 Tage nach seinem Amtsantritt bekannt geworden war, wann ihm die Razzia bekannt wurde könne er nicht sagen. **In den Akten gebe es ein Fernschreiben aus Polizeiunterlagen, was ihm vorgehalten wird, "aber da ist keine Farbe von mir dran", als Staatssekretär hätte er immer mit einem roten Stift Dokumente gekennzeichnet.** Er könne sich noch an den Bombenfund erinnern, vermutlich wurde er dabei aus der Abteilung 4/Polizeiabteilung informiert.

19.02

Lehnert erklärt, dass er Akteneinsicht erhalten habe, die vorgelegten Akten allerdings dem Anschein nach nicht komplett waren. Er sei mehrmals darauf gestoßen, dass dem logischen Aktenaufbau nach Teile gefehlt hätten, **er könne sich folglich nur auf das beziehen, was ihm vorgelegt wurde, grundsätzlich könne er sich 15 Jahren nicht mehr großartig erinnern.** Ohne das Lesen eines Berichtes oder durch Akten hätte er hier "so gut wie gar nichts mehr" vortragen können.

19.00

Nächster Zeuge, Ex-Staatssekretär Gregor Lehnert (Ende 50), heute Unternehmer.



18.59

Keine weiteren Fragen an den Zeugen, er wird entlassen.

18.55

Abg. König fragt weiter nach: **“Wenn sie ihren Rechner nur alle vier Wochen anmachen, wie arbeiten sie dann?”** **“Meistens mit meinem Vorzimmer”,** Emails landen dann auch in seinem Vorzimmer und bei entsprechenden Morgenlage werde er ja auch über das Relevante informiert. Dabei seien das Referat 42/Einsatz sowie das Referat 40/Verbrechensbekämpfung und ab und das Referat Organisation beteiligt. Abg. Renner fragt den Zeugen weiter, ob damals abgewägt wurde, eine BAO auf Zeit einzusetzen und die letzte Fragerunde beim Zeugen Ryzcko endet.

18.53

Abg. König bezieht sich in ihren weiteren Ausführungen auf eine Aussage des Jenaer Staatsschützers Tuche, wonach beim Puppentorso-Fund ein Mitarbeiter des Referat 42/Innenminister dabei gewesen sein soll und fragt wer das war, der Zeuge kann aber keine Angaben machen. Sie befragt ihn weiter, in wiefern er vor seiner heutigen Befragung Kontakt zu anderen Untersuchungsausschuss-Zeugen hatte. Keinen, dass habe er bewusst vermieden, so Ryzcko. Die Abg. König macht ihm einen Aktenvorhalt, wonach ein Zeuge genau das aber bestätigt, dass es zu einem solchen Kontakt kam. Ryzcko räumt schließlich ein Telefonat mit dem Untersuchungsausschusszeugen Lippert [oder Liphardt] ein, es ging aber nur darum, abzugleichen, was sie damals in Thüringen gegen Rechts unternommen hätten, so Ryzcko.

18.50

Die Abgeordnete Pelke fragt nach, warum nur ein Beamter mit seiner abweichenden Darstellung zur extra Aussage aufgefordert wurde, um dessen Angaben zu verschriftlichen, mit der Begründung, dass sich die Aussage ja noch ändern könne. Sie will wissen warum nicht auch die anderen Beamten die bei der Razzia beteiligt waren extra im Innenministerium befragt wurden, um bei denen eine “Aussageänderung” zu verhindern “Die Aussagen der anderen waren ja schon vorhanden” meint er und bezieht sich dabei auf die Schäferkommission, worüber offenkundig aber Zweifel bestehen. Zuvor wurde bereits vom Zeugen Trilus anderes geäußert. Die Frage kann heute scheinbar nicht abschließend geklärt werden.

18.46

Es geht ein weiteres mal um die Befragung des Beamten Matczak, der Zeuge führte aus, man wollte seine Aussage “sichern”, damit es nicht zu einer Zeugenbeeinflussung kommt und er von der Aussage [Bönnhardt sei nach dem Sprengstofffund erst geflüchtet, nicht davor] abweicht, ohne das diese verschriftlicht wurde. Es bestünde ja das Risiko, dass andere Beamte mit ihm reden und so eine **“einheitliche Aussage”** der zuständigen Ermittler zustande käme. Es wird die Frage in den Raum gestellt, ob die separate Befragung von Matczak im November 2011 in einem Nebenzimmer von Ryzcko nicht vielleicht auch dem Zweck dienen könnte, dass der Zeuge Matczak überredet werden sollte, **seine Aussage entsprechend der seiner Kollegen anzupassen, da diese sich ja erheblich von den anderen unterscheiden.** Ryzcko weist das zurück, es hätte gar keinen Anlass dafür gegeben. Außerdem habe es sich nicht um eine Aussage in einem Strafverfahren gehandelt, sie hätten den Beamten lediglich um die Abgabe einer dienstlichen Erklärung gebeten. Warum Matczak seine Aussage vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss wieder relativierte wisse der Zeuge Ryzcko nicht. Auch die Abgeordnete Marx fasst den ganzen Vorgang nochmal zusammen und erwähnt auch diverse “Gerüchte”. **Der Zeuge bleibt dabei, es mache ja gar “keinen Sinn den Matczak umzudrehen”,** da gleichzeitig auch eine dienstliche Erklärung des Beamten Weintauer vorlag, der von den Äußerungen Matczak dienstlich bereits berichtete.

18.41

Zur “AG Kommission” führt der Zeuge noch aus, dass diese ab Juni 2012 den Auftrag hatte, alle Akten der Abt. 4 zu sichten, einzuscannen, zu kopieren und dem Beauftragten der Landesregierung zuzuschicken. Herr Löther sei dort führend involviert gewesen. **“Ich habe noch festgelegt, dass 40 Beamte der Bereitschaftspolizei abgeordnet werden”, da ein hoher Aufwand beim Kopieren & Scannen angefallen sei.** Welche Aufgaben die AG Kommission konkret hat könne er nicht genau beantworten, die große Menge an Dokumenten wurden jedoch mit der “FIS-Vorgangsverwaltung” verfasst und digital bereitgestellt.

18.40

Es geht weiter um den den Beamten Dressler, Kontakte mit der Staatsanwaltschaft in Gera und der Frage der Verjährung. Aus einem Aktenvorhalt wird deutlich, dass der Zeuge Ryzcko im Jahr 2002 bei Fragen der Verjährung im Zusammenhang mit dem [NSU]-Trio involviert war. Zuvor hatte dieser behauptet, da längst nicht mehr mit dem Trio befasst gewesen zu sein. Ryzcko bestreitet diese Aktennotiz, es müsse sich um einen Irrtum handeln, er sei ja in der Abteilung 5 zu dem Zeitpunkt zuständig gewesen, nicht in der Abt. 4. Man verwechsle da etwas. Abg. Renner liest erneut vor, er bleibt dabei, dass es sich um eine Verwechslung handeln muss. Abg. Renner: **“Ich glaube kaum, dass sie irgendein Polizist verwechseln würde”,** Ryzcko widerspricht, denke nicht, das ihn überhaupt alle Polizisten kennen, außerdem sei er von früh bis Abends immer in seinem Büro. Er fragt weiter, welches Motiv er denn dafür hätte, **“Warum sollte ich das machen?”,** **“Weil vielleicht ihr originäres Interesse in der Polizeiabteilung liege?”** fragt die Abg. Renner zurück. **“Da gebe ich ihnen recht!”,** ändere trotzdem nichts daran, dass er da keine Möglichkeit gehabt hatte, sich um Verjährungsbelange des flüchtigen Trios zu kümmern. **“Woher hätte ich wissen sollen, dass da eine Verjährung ansteht?”** Die Abgeordnete macht auf die wiederholten Widersprüche beim Zeugen aufmerksam. Bereits die Beamten Fahner und Dressler hatten gegensätzliche Aussagen zum Komplex vorhin gemacht.

18.36

Der Abg. Kellner berichtet, dass sich die Schäferkommission der Aussage Matczaks ja nicht nicht angeschlossen habe. Der Zeuge meint, dass er den Schäferbericht nicht komplett gelesen habe, kenne ihn nur teilweise, darunter auch den Halbsatz zur Aussage Matczaks. Er wiederholt sich nochmal, dass er sich mit dem Beamten Trilus über die Glaubwürdigkeit unterhalten hatte, sie hielten Trilus Äußerungen grundsätzlich erstmal für glaubwürdig. Er weis aus dem Schäferbericht, dass die Matczack-Aussagen von der Schäferkommission abgeschwächt wurden, der Zeuge Ryzcko hatte sich da anderes erhofft, aber Schäfer war in seiner Arbeit und Entscheidungsgewalt schließlich völlig frei, das war ja auch der Sinn der Einsetzung seiner Kommission. Auf Nachfrage zu weiteren Ermittlungen aus dem Ministerium meint der Zeuge, dass der Untersuchungsausschuss die Ermittlungsaufgabe im Komplex NSU/Behördenversagen wahrnehme und entscheide welche Zeugen befragt werden, dass Innenministerium nehme dahingehend keine eigenen Ermittlungen mehr auf.

18.30

Abg. Adams fragt weiter nach der Glaubwürdigkeit von der Aussage des Beamten Matczak. Ryzcko glaubt vage, dass er sich am Tag nach dessen Befragung mit Herrn Trilus darüber unterhalten habe und die Erinnerung hätte, dass sie die Aussage von Matczak als glaubwürdig bewertet hatten, einen Eid darauf könne er aber nicht beschwören, so der Zeuge. Er wollte sich jedoch im November 2011 zu keiner Zeit entsprechenden, wie er selbst sagt, berechtigten Vorwürfen aussetzen, man habe auf eine besondere Situation nicht besonders reagiert und wichtige Beweismittel (dienstliche Erklärung des Beamten Matczak zum 'anderen Ablauf' des Verschwinden von Böhnhardt) nicht gesichert. Abg. Marx fragt nach, wo vor er konkret Sorge hatte, der Zeuge erzählt nur von theoretischen Überlegungen, wonach Zeugenaussagen beeinflusst werden könnten.

18.27

Weiter geht es um die "Selbstermächtigungsgrundlage" von Mitarbeitern, Abg. König fragt nach der Aufgabenvergabe und Entscheidungsgrundlagen, wer im Ministerium über Aufgaben an sich ziehen könne und in wiefern da eine Abstimmung erfolgt [in Anlehnung an die Zeugenaussage des Herrn Trilus vorhin] Zuständig sei in erster Linie der Referatsleiter. Im weiteren Verlauf geht es um eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung von Akten im Zusammenhang mit den eingesetzten NSU-Ausschüssen unter Regie des Herrn Löther (Innenministerium), der Herr Trilus nicht angehört habe. Er gehe davon aus, dass er aber seine Akten der Gruppe zur Verfügung gestellt habe. Vermutlich habe es im Juli 2012 einen entsprechenden Auftrag gegeben.

18.23

Die Abg. König fragt weiter, in wiefern er zuständig sei, dem LKA-Chef Kranz Anweisungen zu geben. Ryzcko antwortet dass er keine Weisungen geben könne, er habe dafür keine Zuständigkeit. Aus einem Vermerk von Kranz wird nun zitiert, ihn ihm schreibt er dass es "permanente Kriege, Zuständigkeitskriege..." gegeben hätte, "da kommt einer angerast, mein Gott, der Lieblingsfreund Ryzcko", der käme und hätte oft eigene Vorstellungen, "ich möchte aber..." zitierte der Kriminalist häufig den heutigen Abteilungsleiter im Innenministerium. Der Zeuge kann sich diese Äußerungen nicht erklären. Auf Nachfrage gibt er an, dass Kranz vielleicht auf Streitereien im Personalbereich anspiele, da gab es Differenzen zwischen LKA und Ministeriums-Referat. Abg. König interveniert, das habe nichts mit Personal zu tun. Ryzcko meint, dann könne er sich nur erklären, dass es dabei um die Differenzen bei der Auflösung des Polizeipräsidiums gegangen sei, wo beide in einer Lenkungsgruppe saßen.

18.20

Die Abg. König fragt ihn weiter wo er 1998 eingesetzt war und welche Referate er wann gewechselt habe. Bis zum 1.7. oder 1.8. [1998] sei er im Referat Einsatz gewesen, danach hätte er in den Bereich Katastrophenschutz gewechselt. Als Gründe hatte er mutmaßlich den Wahlkampf angeführt. Die Hausleitung habe diese Entscheidung getroffen. Es geht weiter um seinen Auftritt im Innenausschuss 1998 und welchen Sinn es machte, dass er im Innenausschuss berichtete und nicht das Referat 42, mit den Worten "Sie können mich nicht fragen, welchen Sinn es hatte" macht er klar, dass ihm das angeblich selbst nicht ganz bewusst war oder aus heutiger Sicht nicht ist. In seinem Referat damals wäre das Thema kein Schwerpunkt gewesen.

18.17

Der Abg. Kellner will vom Zeugen wissen, ob es eine Genehmigung des Innenministeriums dafür benötige, dass das LKA bei Observationen den Verfassungsschutz einschalte, woraufhin Ryzcko meint, dass das Ministerium nicht zuständig sei, das regeln die Behörden untereinander. Zum ehemaligen LKA-Dezernatsleiter Luthardt ergänzt er noch, dass man zu seiner Entscheidung sagen müsse, dass dieser ohnehin unter einer Belastungssituation gestanden habe.

18.12

Abg. Adams macht dem Zeugen einen Aktenvorhalt, es geht um zwei Schreiben zur Kräfteanordnung für die Razzia am 26. Januar 1998, mit dem das LKA Kräfte für die Garagenrazzia anforderte, das erste stamme vom Landeskriminalamt selbst, das zweite vom Innenministerium. Der Zeuge begutachtet die Dokumente, dass vom LKA habe formal den richtigen Weg gehabt. Fraglich ist allerdings, warum am Tag der Durchsuchung vom Innenministerium ein weiteres Kräfteanforderungsschreiben bei der Jenaer Polizei einging, das war gegen halb Acht Uhr Morgens. Ryzcko schaut sich das Schreiben an, das Ministeriumspapier war nur die Bestätigung. Auf die Frage, wann so etwas denn normalerweise eintreffe meint er spätestens einen Tag zuvor. Er fragt den Abgeordneten nach der Uhrzeit zu welcher die Razzia starten sollte bzw. wann sich die Kräfte dafür in Jena treffen sollten. Der Abgeordnete informiert: anderthalb Stunden vor dem Schreiben, um 6 Uhr. "Na dann geht das ja nicht mehr. Schlechte Arbeit!" bemerkt Ryzcko.

18.09

Es geht weiter um Fahndungsmaßnahmen im nachgeordneter Bereich des LKA und Zuständigkeiten der einzelnen Referate. Der Zeuge erläutert die Unterschiede bei der Organisation der Referate, Referat 42 bzw. decke Banküberfälle & Geiselnahmen habe und ihm unterstehen die Spezialeinheiten. Kräfteanforderungen gehen theoretisch grundsätzlich über das Innenministerium, "wird aber in der Praxis nicht gemacht". Bei der Kräfteanforderung entscheide sich der Verfahrensgang grundsätzlich nach der Anzahl der angeforderten Kräfte, z.B. für Razzien. Größenordnungen im Bereich von 10,20 oder 50 Leute laufen "unten", das kläre man innerhalb der Polizeibehörden untereinander, alles was darüber ist und sich im Hundertschaftsbereich abspielt läuft zwangsläufig über das Innenministerium.

18.05

Abg. Adams merkt an, dass die Tätigkeit "Staatsbesuche zu Koordinieren" ja eher selten ist und will wissen, was sonst der Tätigkeitsbereich Ryzckos umfasse? Der antwortet: Der ganze tägliche Ablauf der Polizei, Versammlungslagen, Verkehrsbereich, Vorbereitung der neuen Einsatzzentrale, Organisation von Technik, etc. **Es geht nochmal zurück an den Anfang der 90er Jahre. Hessaufmarsch Rudolstadt, 1992, Ryzcko spricht von einer "entsprechender Rufschädigung für Thüringen", die der Aufzug mit sich gebracht hätte. Man war ab dem Zeitpunkt bestrebt weiterer derartige Auswüchse zu unterbinden.**

18.03

Der Abg. Untermann ist jetzt an der Reihe und dankt dem Zeugen Ryzcko für seine glaubhafte Entschuldigung, sie sei eine notwendige Geste. "Es hätte manch andere Verantwortlichen auch ganz gut zu Gesicht gestanden" kommentierte der Abgeordnete. Er setzt die Befragung fort und will wissen ob eine Durchsuchung auch ohne Anwesenheit der Beschuldigten machbar ist, so wie vom Zeugen angedeutet, "Ja es ist machbar, man brauch nur unbeteiligte Zeugen mit nehmen". Ryzcko bemerkt, dass er seine Kollegen nicht kritisieren will, im Nachhinein ist man schließlich immer schlauer. Auf die Frage wie er reagiert hätte, wenn er Böhnhardt samt Tasche dabei beobachtet hätte, wie er sich Laufe der Razzia vom Durchsuchungsort entfernte, weist Ryzcko auf den hypothetischen Charakter der Frage hin und äußert erneut seine prinzipielle Bereitschaft, eine Festnahme durchzuführen, insofern die rechtlichen Voraussetzungen vorgelegen hätten.

18.00

Abg. Pelke fragt weiter zur Ermittlungsstruktur. Der Zeuge berichtet über die stabsmässige Vorbereitung und Führung von Einheiten, am besten in Form einer BAO. Er berichtet über die Notwendigkeit und das Zusammenspiel von Aufklärung, der Verbindung von LfV & LKA, einer Auswertung und einer Stelle die konkrete Arbeitsaufgaben erarbeite. Auf die damalige Observation von Uwe Böhnhardt bezogen meint er, dass Observationen von 2-3 Stunden sind nicht zielführend seien, man müsse dafür ein Konzept dafür haben.

17.37

Ryzcko spricht von Defiziten im Umgang mit Rechtsextremismus und erwähnt dabei, dass es noch Handlungsbedarf im Bereich der Prävention gebe. Vor allem auf dem Gebiet der Arbeit mit Jugendlichen oder Schüler/innen wären Bildungsangebote notwendig, da viele Jugendliche überhaupt keine Vorstellungen über die Gräueltaten des 3. Reichs hätten, von KZ's bis zur Massenvernichtung hin, so der Zeuge.

17.34

Kurz geht es um den Sonderkommissionen und Ermittlungsgruppen. Der Zeuge Ryzcko berichtet beispielhaft über die neue BAO Zesar im LKA Thüringen, diese sei ein Instrument, dass ins Leben gerufen worden, um z.B. Strukturermittlungen durchzuführen oder Verbote von Freien Kameradschaften durchführen zu können.

17.29

Die Abg. Pelke befragt den Zeugen weiter zur damaligen Einschätzung des Trios: "Ich habe zwar keine Fakten gehabt, aber ich konnte mir nicht vorstellen, dass es eine gefährliche Gruppe ist". Sie hält dem Zeugen die Äußerungen des vorherigen Zeugen Trilus über eine extensiverer Gesetzesauslegung vor und fragt nach einer Auswertung der Aktion. Ryzcko erklärt, dass normalerweise eine Auswertung entsprechend stattfinde, konkretes könne er aber nicht sagen. Der vorgesehene Einsatzleiter hat die Durchsuchungsmaßnahme wegen eines Lehrgangs wohl aber nicht führen können, offensichtlich sei die ganze Aktion nicht optimal gelaufen, so Ryzcko.

17.19

Bis zur kurz vor der Innenausschusssitzung 1998 war er damals mit der Thematik nicht befasst gewesen, äußert der Zeuge. Abg. Renner fragt weiter zum Entscheidungsprozedere zur Teilnahme an den Ausschuss-Sitzungen. Ob es sein kann sein, dass er kurz zuvor beim Beamten Dressler war und ob er ausschließen, damals entsprechende Kritik geäußert zu haben? Ausschließen könne er das nicht. "Mein Ziel ist natürlich immer, Rechte festzunehmen". Die Abg. Renner fragt wie es zustande kommt, dass im Innenausschuss die Polizeiaktion weitgehend kritikfrei von ihm vorgetragen und verteidigt wurde, er aber andererseits offensichtlich selbst Beanstandungen daran hatte. Er kann darauf keine Antwort geben. Er kenne seine Aussage von damals nicht mehr, so Ryzcko.

17.10

Es kommt zu einem weiteren Aktenvorhalt, Inhalt: die Beamten Dressler und Fahner mussten damals noch einmal schriftlich Stellung nehmen. Sie gaben an, dass die Aufforderung, wonach sie nochmal Stellung beziehen sollten, von Herr Ryzcko kam, der den Ablauf an der ein oder anderer Stelle nicht für optimal befand. Der Zeuge Ryzcko widerspricht dem bzw. kann sich an das Gespräch nicht mehr erinnern. "Die anderen Gesprächspartner können sich sehr gut erinnern" meint die Abg. Renner. Auch der Beamte Herr Fahner bestätigte, dass Herr Ryzcko ihm einen Bericht abforderte, er vermerkte: "Die Begeisterung bei Herrn Ryzcko hielt sich in Grenzen". Der Zeuge Ryzcko kann sich nicht daran erinnern, dass er sich im Vorfeld der Innenausschusssitzung mit Dressler [oder Fahner] unterhalten habe. Abg. Renner: "Das kann ich ihnen nicht glauben", Ryzcko: "Das ist so".

17.03

Nach seinem Kenntnisstand habe die Garagenrazzia 1998 keine personellen Konsequenzen im LKA gehabt. Die Abg. Renner fragt ihn weiter zu seiner Rolle im Zusammenhang mit dem Innenausschuss. Im Vorfeld 1998 habe er nichts damit zu tun gehabt, und sei nur zufällig dazu gekommen, im Innenausschuss 1998 dazu Stellung nehmen zu müssen. Sie hält ihm vor, dass seine protokollierten Äußerungen "alles nach Recht und Gesetz gelaufen" schon seine Sprache tragen würden. Ryzcko fügt am Rande nochmal an, was sich aus den dreien einmal entwickeln könne, hätte keiner damals erahnen können. "Ich habe die für harmlose Spinner gehalten damals".

16.56

Der Abg. Kellner fragt worauf sich seine damalige Prognose nach der Flucht stützte, dass man das flüchtige Trio irgendwann schon festnehmen würde? Ryzcko erklärt, dass er den Fall absolut unterschätzt hatte. Er habe gedacht: "Irgendwann, wenn sie kein Geld mehr haben, dann werden sie sich in Thüringen wieder einfinden". Aber: "Was sich daraus entwickeln konnte, war absolut außerhalb meiner Vorstellungskraft".

16.54

Es sei für ihn mit Blick auf die Justiz deprimierend gewesen, dass die vielfache eingeleiteten Verfahren gegen rechts fast alle eingestellt wurden. Dem Zeugen Ryzcko habe der Name Bönnhardt [sowie die anderen beiden des Trios] damals weitestgehend nichts gesagt, "Ich habe das erste mal mit diesen Namen etwas anfangen können nach dem 4. 11. 2011". Er kannte Dienel und Brandt. Nochmal geht es um Festnahme-Grundlagen (127 Abs. 2 und 112. StPO) mit Bezug zur Situation 1998.

16.42

Es geht weiter um die Fahndung nach dem Trio, "Die Flucht der drei Leute hat im Ministerium keine große Rolle gespielt", sein Referat sei damit nicht befasst gewesen äußert Ryzcko. Er habe immer versucht, alles was rechtlich möglich war, durchzusetzen. Bereits damals habe es Priorität gehabt, den Verfolgungsdruck gegen rechts zu erhöhen, Versammlungen von rechts zu verbieten, Treffpunkte von rechts mit massiven Druck, z.B. in Form von Durchsuchungen zu begegnen, mit dem Ziel Straftatbestände zu entdecken. Man wollte dafür Sorge tragen, "dass die Rechten soweit in Haft sind", so der Zeuge. Ziel war, dass ein Verdrängungseffekt einsetzt bzw. dass sie primär ihre Tätigkeiten einstellen. Er verdeutlicht dies an einem Beispiel, wonach in Saalfeld für ein dreiviertel Jahr jeden Tag ein Zug der Bereitschaftspolizei abgestellt wurde um diesen Verfolgungsdruck aufrecht zu erhalten.

16.37

Es geht weiter um die Aussage des Beamten Matczak hier vor einer Weile im Untersuchungsausschuss. Herr Ryzcko kenne diese nicht. Abg. Marx fragt ihn verwundert, ob es zutrefte, dass er nicht über die Aussage von Herrn Matczak im Ausschuss informiert gewesen sei? "Ich kenne kein einziges Protokoll", antwortet er. "Ich kenne auch nicht diese berühmte Seite, Haskala". Auf Nachfrage äußert er erneut, dass er sich weder im Internet, noch bei Haskala oder anderswo entsprechend informiert habe oder informieren lassen. Einige Ausschussmitglieder nehmen ihm das offensichtlich nicht ab. Auf weitere Nachfragen erklärt er, dann vielleicht etwas in der Zeitung dazu gelesen zu haben.

16.32

Am nächsten Tag hätte Ryzcko die zwei dienstlichen Erklärungen (Weintauer und Matczaks) der Schäferkommission überreichen lassen. Die Gefahr sei ja "immer groß", dass auf eine Person mit völlig konträren Angaben entsprechend eingewirkt wird. Es geht weiter um gesetzliche Festnahmemöglichkeiten. Die Bedeutung der Aussage des Beamten Matczaks wird weiter diskutiert, es steht auch die Frage im Raum, warum trotz anderer Aussagen die offizielle Darstellung der Razzia (z.B. im Schäferbericht) weiterhin diese ist, dass Bönnhardt den Durchsuchungsort verlies, bevor der Sprengstoff gefunden wurde. Die Vorsitzende Abg. Marx spricht die andere Version an (Flucht nach TNT-Fund) und verweist auf ein ungeklärtes Zeitfenster von 30 Minuten. Wie Ryzcko die Aussage von Matczak bewertet habe? Er habe sie durchgelesen und für schlüssig befunden.

16.22

Auf die Nachfrage, warum denn der Zeuge Matczak so dringlich befragt werden sollte, gibt Herr Ryzcko an, dass man unter allen Umständen der Eindruck einer Einflussnahme verhindern wollte. Am 29.11.2011 habe Herr Trilus ihn in den Nachmittagsstunden informiert, dass ein

Kriminalbeamter der KPI Jena (an der Razzia 1998 beteiligt), den Ablauf anders darstellt habe, als es bisher beteiligte Beamte schilderten. Hauptkommissar Weintauer habe dies Herrn Trilus mitgeteilt, man wusste da nicht, ob die Info schon einem größeren Kreis bekannt war. Um einer Kontaktaufnahme durch andere Beamte im Sinne einer möglichen Beeinflussung zuvor zu kommen, wollten man die Aussage, dass Böhnhardt verschwand nach dem der Sprengstoff gefunden wurde, sofort verschriftlichen.

16.17

Marx fragt nach, wie er sich vorbereitet habe auf den Innenausschuss im Sommer 1998, der Zeuge habe keine Unterlagen mehr, weis nur noch, dass er damals der Meinung war, die Polizeimaßnahme verteidigen zu müssen. Nach der Innenausschuss-Sitzungen sei er nicht mehr damit befasst gewesen. Am 1.7. oder 1.8.1998 habe es im Ministerium Personaländerungen gegeben. Nach dem 4.11.2011 habe es für die anberaumte Innenausschuss-Sitzung eine entsprechende Vorbereitung im Referat 40 gegeben. Der Zeuge spricht die 24 Aktenordner vom LKA an, er kenne sie nicht persönlich und habe keine Einsicht genommen.

16.01

Zeuge Ryzcko berichtet, dass das Thema auch in einer Innenausschuss-Sitzung Thema war, er hat dort für das Innenministerium Bericht erstattet. Nach seinem Kenntnisstand hatte er damals die Maßnahmen der Polizei im Ausschuss verteidigt. Die Staatsanwaltschaft sah schließlich auch keine Voraussetzungen für einen Haftbefehl. „Heute habe ich eine andere Meinung als damals“. Rückblickend betrachtet hätte er natürlich anders gehandelt, z.B. hätte er versucht an weiteren Informationen zur Garage zu kommen oder ohne Wissen des Trios versucht, die Garage zu durchsuchen oder Observationen gegen alle durchgeführt. Die Flucht habe kurz eine Rolle gespielt, sei allerdings nie ein Top Thema in der Polizei gewesen.

15.45

Zeuge Ryzcko erklärt, dass er zur damaligen Zeit Referatsleiter im Referat „Einsatz“ war und vornehmlich Veranstaltungslagen, Versammlungslagen und Staatsbesuche zu bewerkstelligen hatte. Zur Garagenrazzia äußert er, dass er irgendwann mal mitbekommen habe, dass drei Jugendliche, die dem rechten Lager zuzuordnen waren, geflüchtet seien. Er hätte gedacht, dass sie irgendwann wegen Geldmangel nicht mehr im Untergrund bleiben können. Das flüchtige Trio habe in seinem Referat keine große Rolle gespielt, äußert der Zeuge.

15.38

Der Zeuge Ryzcko will zu erst mit einer persönlichen Erklärung beginnen. Er bringt sein Bedauern zum Ausdruck, „dass diese abscheuliche Mordserie nicht verhindert werden konnte“. „Ich möchte mich deshalb [...] im Namen aller Thüringer Polizeibeamten [...] an dieser Stelle für die Fehler entschuldigen...“, „die offensichtlich in Thüringen [und darüber hinaus] begangen wurden.“ Er bittet die Hinterbliebenen der NSU-Opfer um Entschuldigung und hofft, dass diese das Geschehene irgendwann verarbeiten können.

15.33

Nächster Zeuge: Robert Ryzcko, 62 Jahre, verheiratet, Polizeibeamter. Damals Referatsleiter, heute Abteilungsleiter im Innenministerium.



15.31

Keine weiteren Fragen an den Zeugen, er wird aus der Befragung entlassen.

15.27

Sollte Trilus jedoch wieder neue Erkenntnisse bekannt werden würde er genauso wie vor 1,5 Jahren handeln, dieses verschriftlichen und den Untersuchungsgremien zuleiten. Die Abg. König fragt weiter, ob der Zeuge eine Sicherheitsüberprüfung habe, was er bejaht, er könne Dokumente mit Einstufungen in VS, NfD, etc. lesen und auch entsprechend einstufen. Eine Sicherheitsüberprüfung für andere könne er nicht austeilen. Es geht weiter um den Kontakt von ihm zu Herrn Neusüß, er habe mit ihm 7-8 Jahre zusammengearbeitet äußert er. Nach 1998 war Neusüß im LKA, Jahre

später dann im Innenministerium. Es geht weiter um einzelne Personalfragen und Mitarbeiter.

15.19

Abg. Renner fragt ihn nach einer Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Der Zeuge verneint, dass Referat 23 sei dafür zuständig. Auf die Frage, ob der Verfassungsschutz auch Anfragen an ihn gerichtet habe, äußert er, dass er nicht wisse wie er die Frage beantworten soll. Martina Renner ergänzt, "mit Ja oder Nein". Dann antwortet der Zeuge: "Ungefähr 100!". Abg. Pelke fragt weiter ob die Schäferkommission nach dem Bericht weiter an der Aufklärung mitgewirkt habe und ob man jetzt immer noch auf Ministeriumsebene weiter die Aufklärung betreibe. Das Innenministerium interveniert und äußert erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit der Frage. Die Frage darf beantwortet werden. Der Zeuge erklärt, dass er bzw. sein Bereich keine eigenen Aufklärungsmaßnahmen weiter betreibe, man wollte keine Parallelermittlungen zum parlamentarischen Gremium.

15.06

Es geht weiter um das Referat Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung und Prävention, der Zeuge berichtet, dass sein Referat mehrfach umbenannt wurde, erst war es 40.3, dann 43 und heute sei es das Referat 40. Die Abg. Renner befragt ihn weiter zu seiner Erklärung, warum sein Referat nur einen Polizeibeamten (Matczak) separat befragte und nicht auch die anderen, wenn er doch davon ausging, dass die Schäferkommission den Auftrag bereits hatte, diese Befragungen durchzuführen. Eine präzise Antwort hat er nicht parat, verweist aber darauf, dass er keine Parallelermittlungen haben wollte und davon ausging, dass die Schäferkommission die weiteren Befragungen übernehme. Über deren Ausgang habe er sich nicht erkundigt.

14.51

Abg. Adams fragt weiter zur Aktenaussonderung, der Zeuge antwortet, dass Mitarbeiter gelegentlich zu ihm gekommen seien und ihn bei Entscheidung um Votum zur Aktenaussonderung baten. Hier im konkreten Fall sei das aber nicht geschehen, er vermute aufgrund der Fülle von anstehenden Aufträgen. Es geht weiter um die Glaubwürdigkeit von Matczaks Äußerungen. Der Zeuge äußert, dass diese schon sehr plausibel klangen, weil er auch Details schilderte, wie bspw. die Decke einer durchsuchten Wohnung aussah, andere hätten darüber nicht berichtet. "Es war nicht offensichtlicher Unsinn, was er erzählt hat." Er glaube nicht, dass Trilus vor seiner Aussage eine Akteneinsicht hatte, sondern nur aus eigener Erinnerung berichtete. Mit der Aussage war ein völlig neuer Kenntnisstand da gewesen.

14.46

Ob ihm interne Ermittlungen gegen Thüringer Polizeibeamte bekannt werden will die Abg. König wissen. In Einzelfällen sei dies der Fall. Wie ihm das bekannt werde? Darauf kann er keine richtige Antwort geben. Abg. König fragt weiter nach und will wissen ob nach dem Zufallsprinzip oder nach dem Logikprinzip? Trilus gibt an, dass es im Referat im Ministerium jemanden gibt, der sich damit beschäftigt und in dessen Zuständigkeitsbereich dies fällt, ab und zu wenn der Beamte nicht im Dienst sei, vertrete er diese Person. Von internen Ermittlungen erfahre er auch, "wenn es sonst irgendwie bekannt wird". Auf dem Flur, will die Abg. König wissen? Nein, auf dem Flur würden solch Sachen nicht besprochen, äußert der Zeuge, gleichwohl seien sie keinesfalls so geheim, dass er sie nicht erfahren dürfe. Er selbst sei aber nicht direkt für die interne Ermittlungen zuständig gewesen.

14.32

Abg. König fragt nach, ob nicht nur eine Person, der Beamte Matczak, nochmal extra zur damaligen Razzia befragt hätte werden müssen, sondern auch die anderen Polizeibeamten? Der Zeuge bejaht das. Auf die Frage, warum das nicht erfolgt sei, gibt er an, dass er davon ausging, dass die Schäferkommission die anderen Zeugen noch weiter befragen werde.

14.17

"Es könnte dem Angeboten werden, ist hier aber nicht passiert, da müssten sie die Fragen, die die Akten ausgesondert haben" meint der Zeuge zur ausgesonderten Akte. Auf Nachfrage bestätigt er, dass die Zuständigen offensichtlich selbst entscheiden können, welche Akten ausgesondert werden. Abg. König fragt ihn weiter nach einem Vermerk in einer Akte, namens "WE-Meldung", statt wie anfangs vermutet handelt es sich nicht um eine "Wochenendmeldung" sondern um eine "Wichtige-Ereignis-Meldung". "WE-Meldungen" seien regelmässige Meldungen nach vorgegeben Raster (Tatzeit, Beschuldigte, Maßnahmen), mit der das Ministerium nur darüber informiert wird, dass es ein solches Ereignis gab. Es geht im konkreten Fall darum, dass der Vater von Uwe Mundlos bei der Polizei Anzeige wegen wegen "fluchtbegünstigenden Verhaltens" gegen Unbekannt erstattet habe, Konsequenzen hatte diese aber keine.

14.13

Trilus erinnert sich noch, wie er eine "Bombenbastlerakte" auf dem Aktentitel in "1 Band Mundlos, Bönnhardt, Zschäpe" umschrieben lies, weil diese mehrfach gebraucht wurde. **Am 7. November 2011 wurde festgestellt, dass die Akte, um welche es geht, verschwunden war. Eine Suche im Innenministerium hatte folgendes Ergebnis: "Es wurde festgestellt, dass dies neben einer Vielzahl anderer ausgesondert wurde", so der Zeuge.** Abg. König fragt ihn weiter, wie es kommt, dass Akten ausgesondert bzw. vernichtet werden. Es handelt sich um Akten, deren Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist. **"Manchmal wird Rücksprache gehalten, in dem Fall offensichtlich nicht" meint Trilus.** Abg. König fragt weiter, ob diese Akte wenigstens nach dem Thüringer Archivgesetz einem Archiv angeboten wurde, was verneint wird.

13.56

Die Vorsitzende Abg. Marx liest noch einmal Angaben von Staatsanwalt Schulz vor. Schulz hatte geäußert, dass es beim Auffinden von Farbresten bei der Durchsuchung eine Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft geben sollte wegen einer möglichen Festnahme, beim Auffinden von Sprengstoff hätte jedoch eine sofortige Festnahme erfolgen können. Abg. König befragt den Zeugen weiter zu seinen Bemerkungen bzgl. der Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Abg. Kölb und einer entsprechenden Akte darüber, die offensichtlich nicht mehr vorhanden ist. Diese Akte soll "ausgesondert" worden sein, wann das war wisse er nicht.

13.48

Abg. Adams stellt nochmal fest: Die Bisherige Position vom LKA war, dass Böhnhardt schon weg war, bevor der Sprengstoff gefunden wurde, Matczak sagt, der Sprengstoff wurde gefunden und dann war Böhnhardt weg. Obwohl dies in den meisten Berichten nicht eindeutig benannt wird, ein Festhalten von Böhnhardt war physisch tatsächlich möglich, nur rechtlich offensichtlich zweifelhaft, so der Abgeordnete. Der Zeuge Trilus ergänzt: "Die rechtlichen Zweifel wären ab dem Moment vorbei gewesen, wo der Sprengstoff gefunden wurde". Man musste offensichtlich nur das Durchsuchungsergebnis erst abwarten.

13.46

Abg. Adams thematisiert nochmal die Verjährungsfrist und fragt nach Einflussmöglichkeiten vom TIM zum LKA, Trilus schildert, dass man mit der Ansage an das LKA, nochmal einen ausführlichen Bericht zu verfassen und diesen auch zuzustellen, beispielsweise Einfluss genommen habe. Viel mehr Handlungsspielraum gebe es im Grunde gar nicht. Es geht weiter um Kräfteanforderungen über das Innenministerium.

13.11

Der Abg. Untermann fragt nochmal zu Trilus' Äußerung bezüglich der Einsetzung von Sonderkommissionen. Seine Kritik an diesen besteht vor allem darin, dass aus Sonderkommissionen mehrere Beamte aus allen Polizeidienststellen abgerufen werden, z.B: zwei aus Suhl, zwei aus Gotha, Gera usw. und dann entsprechend zusammengesetzt werden, Leute die sich nicht kennen und nicht individuell eingestimmt sind.

13.02

Auf die Frage, ob er die Aussage vom Kollegen Matczak für Glaubwürdigkeit bewertet habe antwortet er, dass sie insgesamt für schlüssig befand, einzelne Passagen waren jedoch offensichtlich unwahr bzw. konnten nicht stimmen. Z.b. äußerte er, dass Herr Dressler die Einweisung zur Razzia am morgen des 26. Januar 1998 in der Jenaer Polizei leitete, faktisch, so Zeuge Trilus, wäre das aber nicht so gewesen. Nun geht es um einen Bericht, der als geheim oder vertraulich eingestuft wurde, das Innenministerium bietet an, diesen abzustufen, damit er vorgetragen werden kann. Es handelt sich um den Bericht vom 23. Februar 1998. Der Zeuge gibt weiter an, dass er nach dessen Befragung im Untersuchungsausschuss mit dem Beamten Matczak gesprochen habe, es ging um "alles mögliche, wie das hier so abläuft, was er so gesagt hat", so Trilus.

12.57

Auf Nachfrage ob er auch Akten für andere Behörden aufgearbeitet habe, antwortet Trilus: für die Generalbundesanwaltschaft? "Ja", für das Bundesinnenministerium: Glaubt er nicht, will es aber nicht ausschließen, für die Innenministerkonferenz oder ihre Arbeitskreise: wisse er nicht genau, dazu müsse er die ganzen Akten nochmal sichten. Zwischenzeitlich wurden bei der Aufarbeitung zur Verfolgung des Neonazi-Trios auf Seiten des Innenministeriums Änderungen vorgenommen berichtet der Zeuge, so sollen Leute, die damals bereits an der Sachbearbeitung oder anderweitig beteiligt gewesen waren, nicht mehr aktuell an der Aufarbeiten mitwirken. Kritik hatte es u.a. gegeben, weil der damalige LKA-Beamte Dressler in einer speziellen Kommission eingesetzt wurde, die auch alte LKA-Ermittlungsakten herausuchte und dem Untersuchungsausschuss zuleitete.

12.49

Auf Nachfragt gibt der Zeuge an, dass er sei nicht beauftragt worden sei, Unterlagen zusammenzustellen. Er selbst habe entschieden, sich nach dem 4. 11. 2011 bestimmte Akten „zu ziehen“, die dafür eine Rolle spielten. Er habe jederzeit Zugriff auf sämtliche von ihm gefertigten Akten [seit den 90er Jahren] gehabt. Er habe sich ca. 15-20 Ministeriumsakten gezogen, keine LKA-Akten, so Trilus. Auf Nachfrage: er habe sich dazu selbst beauftragt, habe aber keine Akten zusammengestellt sondern nur Inhalte aus Akten aufgearbeitet.

12.45

Der Zeuge Trilus gibt an, dass er bereits in den 90er Jahren auch in die Bearbeitung von Kleinen Anfragen im Thüringer Landtag eingebunden war, heute hätten sich die Arbeitsgegenstände aber etwas verschoben. Aus einer damaligen Anfrage zur Garagenrazzia wird die Antwort zu einer Frage 2 vorgelesen "**Gab es Versäumnisse, die es zu verhindern gab?**", "**Antwort: Nein**", ob er bei dieser noch involviert war oder ob er da bereits bei der Polizeidirektion Gera tätig war, wisse er heute nicht mehr, er habe sie nicht verfasst. Warum er abgeordnet wurde? Es wurden mehreren Kollegen befragt, die alle nicht wollten, er wollte das "angenehme mit dem nützlichen verbinden", [weil er ohnehin in Gera ansässig war?] und wechselte den Arbeitsplatz. Die Abordnung war langfristig geplant und hatte nichts mit der Razzia zu tun.

12.34

Der Zeuge wird zu einem "Sprechzettel" bzw. zur Vorbereitung für eine mündliche Anfrage oder eine Anfrage in den 90er Jahren im Innenausschuss des Thüringer Landtages zur Garagenrazzia beim Neonazi-Trio befragt. **Herr Trilus gibt an, dass er nicht dieses Papier für den Innenausschuss bzw. für die Anfrage verfasst habe, sondern ein anderer Kollege im Innenministerium. Auf Nachfrage, wer denn**

dieser Kollege sei antwortet der Zeuge: Karl Heinz Hoffmann. Im Untersuchungsausschuss gibt es einige Lacher, da auch der aus Kahla stammende Anführer der ehemaligen Naziswehrsportgruppe diesen Namen trug. Der Kollege Hoffmann aus dem Innenministerium sei allerdings bereits verstorben.

12.24

Der Abg. Kellner befragt den Zeugen weiter, wie ihm die Äußerung Matczaks bekannt wurde, welche Maßnahmen im Vorfeld mit der Polizei abgestimmt wurden und in wiefern Straftaten von Böhnhardt bekannt wurden. Der Zeuge äußert, dass für Vorfeldmaßnahmen jeweils die lokalen Polizeidienststelle zuständig sei, das Innenministerium stimme solche Details nicht mit den Dienststellen ab. Ihm sei außerdem nicht bekannt gewesen, dass die Straftaten [oder Strafverfahren] von Uwe Böhnhardt bereits bekannt waren, er wisse nicht nicht, in wiefern es den Ermittlern bekannt war.

12.20

Der Abg. Adams bemerkt, dass der Zeuge Trilus der erste im Ausschuss sei, der hier darstelle, dass der Fall des flüchtigen Trios immer wieder Thema im Innenministerium war. Er fragt weiter nach "Gerüchten" zum Verbleib des Trios, die von ihm bereits angesprochen wurden und will wissen, welche Gerücht er meinte. Das Trio habe sich in Südafrika versteckt, es sei verstorben oder es wäre vom Verfassungsschutz gedeckt gewesen, solche Gerüchte seien immer wieder im Umlauf gewesen.

12.17

Der Abg. Adams fragt weiter nach damaligen Personen in Referatsleiter- und Abteilungsleiterpositionen. Es geht weiter um Konsequenzen und der Auswertung der Bericht vom Zeugen, die Verantwortung für Konsequenzen liege in der Behördenstruktur. Auf die Einrichtung von SoKos angesprochen meint Trilus: "**Ich persönlich bin kein Freund von Sonderkommissionen**", da ein solche Arbeitsgruppe außerhalb der normalen Abläufe innerhalb der Polizei konstituiert werde.

12.11

"Ich denke in der Polizei gibt es täglich ca. 20 solcher Fälle" meint er Zeuge und spielt auf Pannen bei Durchsuchung, Verkehrskontrolle, usw an. Dort wo "Menschen sind passieren vielleicht auch Fehler". Abg. Untermann fragt den Zeugen, ob seine Versetzung nach Gera im Zusammenhang mit der verpatzten Razzia stehe, was er verneinte. Die Abordnung stand bereits zuvor fest. Untermann fragt weiter zum Einfluss zu V-Leuten, der Zeuge antwortet: "**bei den Durchsuchungsmaßnahmen haben die V-Leute keine Rolle gespielt [...] nach meinem Kenntnisstand nicht**".

12.07

Die Abg. Pelke fragt weiter zur Vorlage und zur Abzeichnung einer Akte. Sie will wissen, ob die Akte möglicherweise "den Dienstweg nicht hochgegangen" sei? Er denkt, dass das nicht der Fall sei. Er vermute, dass sie doch nach oben ging und ein entsprechender Beleg sich nur nicht in der Akte befinde. Er wiederholt nochmal, dass er sich nicht kontinuierlich aber immer wieder in bestimmten Zeitabständen seit dem Abtauchen des Neonazi-Trios mit selbigem beschäftigt habe. Die Bitte an Matczak um eine dienstliche Erklärung im November 2011 sollte vor allem dazu dienen, einen neuen Erkenntnisstand zu erlangen. Er sei vom einem Bekannten auf Matczaks unterschiedliche Darstellung hingewiesen worden.

11.58

Auf Nachfrage, ob er sich für das Gespräch mit Matczak besonders vorbereitet habe, widerspricht er. Der Sachverhalt war ihm damals gut bekannt. "Die Aussagen von Herrn Matczak waren einzigartig" beschreibt er, seine Kollegen hätten Details zur Razzia anders dargestellt. Absprachen erfolgten mit Mitarbeitern des Referat 40. Ob er jetzt in herausgehobener Position sei? Nein, zum damaligen Zeitpunkt hingegen schon, meint er. Warum er nach dem Auffliegen des Trios den Sachverhalt bearbeitete? Er sei der einzige gewesen, der so lange noch im Ministerium war. Als dann die Schäferkommission und der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurden, sei seine Rolle mehr und mehr zurückgedrängt worden.

11.50

Die Abg. König möchte vom Zeugen wissen, ob er den Beamten Matczak bei ihm zuhause angerufen habe, er könne sich daran nicht mehr genau erinnern, dass könne sein. Es habe ihn und die anderen („wir“, „uns“) interessiert. Es folgt ein Gespräch über das "wir" und das "uns", wer das sei, zunächst gibt er an, dass sei die ganze Landesregierung, ergänzt dann aber, dass er mit "wir"/"uns" meint, dass es [offene Fragen und unklare Sachverhalte im Zusammenhang mit dem Trio] im wesentlichen ihn einschließlic der Menschen in seinem sozialen Umfeld interessiert habe. Auf die Frage, wer die Maßnahme angeordnete habe, gibt er an, dass sie keiner angeordnet habe, es war eine Bitte. Anordnen könne er nicht, anordnen könnten aber der Abteilungsleiter Ryzcko, der Minister, der Staatssekretär oder der Polizeipräsident.

11.45

Trilus berichtet, dass das flüchtige Neonazi-Trio und der Bombenfund nach der Razzia 1998 mehrfach Thema auf parlamentarischer Ebene waren. Er verweist auf eine Mündliche Anfrage des Abg. Kölbl 1998 sowie einer Behandlung im Innenausschuss, einer mündlichen Anfrage 2001 des Abg. Dittes sowie 2003/2004 nochmal im Innen- oder Justizausschuss wegen der Verjährungsfristen. Es habe schon eine Rolle gespielt, aber keine wusste zum damaligen Zeitpunkt, dass was heute bekannt sei. Seine Hausmitteilung war vom 19.3.1998, die LKA Berichte zur Razzia kamen früher.

11.40

Auf Nachfrage des Abg. Kellner erklärt der Zeuge Trilus, dass vor der Razzia auch einige Straftaten eine entsprechende Rolle im Ministerium gespielt hätten, darunter die Theaterbombe in Jena und der so genannte "Puppentorso". Von der Durchsuchung wusste das Innenministerium im Vorfeld nicht, dass sei auch grundsätzlich nicht üblich. Ebenso wusste er im Vorfeld nichts von einer Beteiligung des Verfassungsschutzes.

11.36

Auf Nachfrage erklärt der Zeuge, dass er sich mit dem Referat abgesprochen habe. **Motivation der Bitte um eine dienstliche Erklärung bestand darin, den Beamten Matczak "ran[zuh]olen, ehe da irgendwelches Wissen verloren geht".** Strittig sei vor allem der Zeitpunkt, wann Böhnhardt geflüchtet war, der Beamte Neusüß hätte außerdem geäußert, dass Böhnhardt nach dem Ende der ersten Garagenrazzia weggefahren sei, andere Darstellungen sprechen davon, dass Böhnhardt mitten drin, während die Razzia noch lief, geflüchtet sei.

11.30

Für den Zeugen sei "völlig unvorstellbar, dass drei Menschen in der BRD einfach so verschwinden können", das hätte er bis 2011 nicht für möglich gehalten. Weiter geht es um eine Zeugenaussage des Polizeibeamten Matczak, der entgegen seiner Kollegen eine andere Darstellung der Razzia zur damaligen Zeit vornahm. 13 Jahre später, nach dem 4. November 2011 sei diese dann wieder relevant geworden. In seinem Referat habe man sich darüber verständigt, den Beamten Matczak nochmal zu laden bzw. um eine dienstliche Erklärung zu bitten, weil sich seine Äußerungen von der offiziellen Aktenlage unterschieden. Er oder ein Kollege hätten Matczak dazu privat zu Hause angerufen, die Befragung fand dann in einem Nebenzimmer vom Abteilungsleiter Ryzcko im Innenministerium statt. Am nächsten Tag habe man der Kommission von Herrn Schäfer den Bericht zur Verfügung gestellt.

11.22

Ihm sei bekannt, dass intern im LKA von Herrn Luthardt die Anmerkungen [aus der Hausvorlage] ausgewertet werden sollten. Im Zentrum der Durchsuchung habe die Person Böhnhardt gestanden. **"Dieses Trio war so bei mir im Ministerium nicht bekannt".** Auf Nachfrage von Frau Marx spielte auch Beate Zschäpe als Mieterin der durchsuchten Garagenrazzia offensichtlich keine Rolle. Der Zeuge Trilus erwähnt nochmal, dass man, wenn Festnahmegründe vorliegen, auch festnehmen könne. Dadurch dass die Garagen aber nicht zeitgleich geöffnet und gesichtet werden konnten, haben die notwendige Grundlage wohl aber erst später vorgelegen. Böhnhardt zur selben Zeit trotzdem festzuhalten wäre unter den damaligen Bedingungen rechtlich umstritten gewesen.

11.15

Zu dem Umstand, dass kein Haftbefehl von Seiten der Justiz erstellt wurde, weil ein **Observationsbericht vom Thüringer Verfassungsschutz als geheim eingestuft** war meint der Zeuge, dass es aus seiner Sicht **völlig widersinnig** sei, dass man eine andere Behörde um Unterstützung bete aber deren Ergebnisse dann nicht verwenden könne. Außerdem meint er, dass möglicherweise eine Festnahme auch **"unterhalb der freiheitsbeschränkende Maßnahmen mit einer geringeren juristischer Eingriffsschwelle"** möglich gewesen wäre und spielt auf eine Verkehrskontrolle an. Es sei verwunderlich, dass Sprengstoff gesucht und gefunden wurde, die Täter aber flüchten konnten. Er war nicht vor Ort, kenne die Rahmenbedingungen nicht genau und könne nur aus seiner allgemeinen Erfahrung heraus sagen, dass die Razzia „nicht optimal“ gelaufen sei. **Bei gleichzeitigen Durchsuchungen der betroffenen Objekte wäre eine Festnahme von Uwe Böhnhardt am 26. Januar 1998 vermutlich möglich gewesen.**

11.06

Der Zeuge erklärt zu seinem ergänzendem Bericht, den er der Hausleitung vorgelegt habe, dass die damalige Auffassung vor allem darin bestand, dass die Polizei vom Grundsatz "sehr gute kriminalistische Arbeit" geleistet hat. Mit einem "effektiveren Herangehen", einer "effizientere Zusammenarbeit der Behörden" und einer "extensivere Gesetzesauslegung" hätten aber auch Erfolge hinsichtlich einer Festnahme erzielt werden können. Inwiefern der Bericht weitergereicht wurde und welche Folgen er hatte, könne er nicht sagen. Der Zeuge selbst wurde drei Tage später in die Polizeidirektion Gera abgeordnet.

11.01

Aus dem LKA-Bericht sei der eigentliche Ablauf nicht hervorgegangen erklärt der Zeuge Trilus. Zentrale Fragen, darüber warum, was, wie, wo passiert ist seien nicht nachvollziehbar, vor allem wie das Verschwinden von Uwe Böhnhardt während der Durchsuchungen zustande kam. "Man könnte fast jeden Satz daraus zitieren, der an sich betrachtet wenig aussagekräftig war", so der Zeuge. Auch der 2. Bericht hatte noch einige Rätsel in sich. Strittig blieb weiter, warum Uwe Böhnhardt gehen konnte und warum die Garage nicht zeitgleich geöffnet werden konnte.

10.55

Die Vorsitzende Abg. Marx fragt nach entsprechenden Berichten. Am 13.2. habe es zunächst einen Sachstandsbericht des LKA gegeben, der für unzureichend bewertet wurde. Damaliger Abteilungsleiter 4 im Innenministerium sei ein Herr Eggers gewesen. Am 17.2. sei ein Nachbericht angefordert worden. A am 19.3. habe der Zeuge ein Hausvorlage an die Hausleitung weitergereicht. Er verweist auf eine Akte mit der Nr. 43-2861-00-0212, die dem Ausschuss weiter Aufschluss über die Vorgänge geben könne. Er habe sich diese zuvor "gezogen" und verweist auf entsprechende Passagen.

10.50

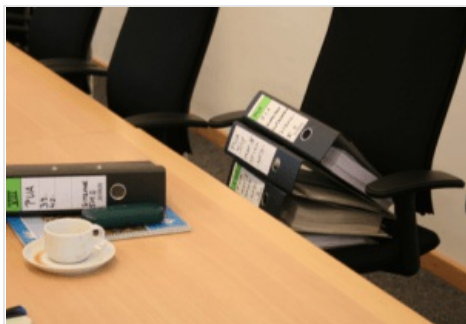
Der Zeuge erfuhr von der Razzia am 26. Januar 1998 bzw. den Anschlussmaßnahmen erst im Nachgang. Es gab **mehrere Berichte des LKA** an das Thüringer Innenministerium. Der erste Bericht war **“wenig aussagekräftig und widersprüchlich“**, ein ergänzender Bericht wurde angefordert und später vorgelegt. Eine von ihm gefertigte Hausvorlage an den Staatssekretär habe er nach oben gegeben, um die Vorgänge intern auszuwerten.

10.41

Zeuge Trilus erklärt, dass er seit fast 20 Jahren im Innenministerium tätig sei und sich dort vor allem mit Fragen des Staatsschutzes beschäftige.

10.37

Jetzt beginnt die Befragung. Erster Zeuge: Sven Trilus, 46, Polizeibeamter.



10.37

Bevor der 1. Zeuge kommt, stellt die Vorsitzende klar, dass für diesen Film- und Fotoaufnahmen untersagt sind. Der Zeuge widersprach aus Sicherheitsgründen ausdrücklich einer Veröffentlichung.

10.35

Die Vorsitzende Abg. Marx erklärt, dass der eigentlich zu erst geplante Zeuge (ehemaliger Dezernatsleiter LKA, Herr Liphardt), welcher heute nicht erschien, ein ärztliches Attest vorgelegt habe, wonach er verhandlungsunfähig sei und nicht befragt werden könne.

10.34

Der Ausschuss beginnt.

10.12

Ähnlich wie bei den letzten beiden Ausschuss-Sitzungen tickern wir heute zwar wieder live, können aber das Geschehen samt Zeugenaussagen an dieser Stelle erst wieder am Ende des Tages veröffentlichen. Grund ist eine sitzungspolizeiliche Verfügung, siehe [hier](#).

09.59

Ab 10:30 Uhr soll der damals zuständige Sachbearbeiter im Innenministerium, Herr Trilus vom Ausschuss befragt werden.

09:15

Ein für 9.00 Uhr geladener Zeuge, der ehemalige Dezernatsleiter im LKA, Herr Liphardt, hat für heute abgesagt, 10:30 Uhr beginnt dann tatsächlich die erste Zeugenbefragung.

[Anmerkung: Angaben Original aus dem Ausschuss, ggf. kleine Abweichungen durch Hörfehler; Uhrzeiten und Pausenzeiten weichen von den tatsächlichen Zeiten ab und markieren nur den “Blog“-Zeitpunkt]

Quelle: HASKALA

Share this:



Lade...

Tags: *Extremismus, Landtag, NSU, Thüringen, U-Ausschuß*

A R C H I V E

- November 2015
- Oktober 2015
- September 2015
- August 2015
- Juli 2015
- Juni 2015
- Mai 2015
- April 2015
- März 2015
- Februar 2015
- Januar 2015
- Dezember 2014
- November 2014
- Oktober 2014
- September 2014
- August 2014
- Juli 2014
- Juni 2014
- Mai 2014
- April 2014
- März 2014
- Februar 2014
- Januar 2014
- Dezember 2013
- November 2013
- Oktober 2013
- September 2013
- August 2013
- Juli 2013
- Juni 2013
- Mai 2013
- April 2013
- März 2013
- Februar 2013
- Januar 2013
- Dezember 2012
- November 2012
- Oktober 2012
- September 2012
- August 2012
- Juli 2012
- November 2011
- August 2011
- Juli 2011

- Juli 2008
- April 2003
- August 2000
- Juli 2000

Kommentar verfassen

Gib hier Deinen Kommentar ein ...

[← Protokoll 10. Verhandlungstag – 13. Juni 2013](#)

[PUA Thüringen| Vollständiger Ticker zum Untersuchungsausschuss am 6. Juni in Erfurt](#)

→

Search this site...

S E I T E N

- 1.Auschwitz-Prozeß-Frankfurt
- Buch "Staatsaffäre NSU"
- David Irving
- Deutscher Widerstand
 - 20.Juli Attentat
 - Georg Elser
 - Geschwister Scholl
 - Rote Kapelle
- Freie Universität
- IHK Berlin| Die Kammer verweigert sich. Jetzt erst Recht Druck aufbauen! #LaGeSo @ihkberlin
- Iran
- Kontakt
 - Anonymer Briefkasten
 - Pressekontakt
- NSU – UA
 - PUA BaWü
 - PUA Bayern

- PUA Bundestag
- PUA Hessen
- PUA NRW
- PUA Sachsen I und II
- PUA Thüringen 5/1 und 6/1
- NSU-Mordopfer
 - Enver Şimşek
- NSU-Netzwerk
- NSU-OLG München
- NSU-Rätsel
 - Eisenach
 - Frühlingstraße 26
 - Heilbronn
 - Dossier|IN SACHEN KIESEWETTER / ARNOLD / HEILIG- BA-WÜ
 - Medienberichte zu Heilbronn
 - Offene Fragen
 - Zeitleiste
 - Temme
 - Temmes Welt
- NSU-V-Leute
 - 1-Tino Brandt – TLfV
 - 10-Toni Stadler – Brandenburg LfV
 - 11-Thomas Starke – Berliner LKA
 - 12-Juliane Walther – TLfV
 - 13-„Treppe“
 - 14-„Tobago“
 - 15-„Tonfall“
 - 16-„Tonfarbe“
 - 17-„Tusche“
 - 18-„Tinte“
 - 19-„Terrier“
 - 2-Kai Dalek – BayLfV
 - 20- „Trapid“
 - 21- Thomas Dienel – TLfV
 - 3-Marcel Degner – TLfV
 - 4-Andreas Rachhausen – TLfV
 - 5-Tibor Retz – TLfV
 - 6-Thomas Richter – BfV
 - 7-Michael See – BfV
 - 8-Carsten Szczepanski – Brandenburg LfV
 - 9-Achim Schmid – BW-LfV
- Presse
 - Fotos
 - Impressum
 - Interviews
 - Interviews/Dokumentationen
 - Presse
- Rechtsextremismus
 - Informationen D
 - Links gegen Rechts

- NSU-Bereich
- Videos
- VS-Berichte D
- VerfassungsschutzGesetze DEU
- Veröffentlichungen
 - Historischer Nationalsozialismus/ Kommunikation über den Holocaust
 - in Medien
 - International/Iran/Naher Osten
 - Rechtsextremismus
- Vita

B L O G P E R E - M A I L F O L G E N

Gib deine E-Mail-Adresse ein, um diesem Blog zu folgen und per E-Mail Benachrichtigungen über neue Beiträge zu erhalten.

Schließe dich 8.172 Followern an

Folgen

A D M I N

- Registrieren
- Anmelden
- Beitragsfeed (RSS)
- Kommentare als RSS
- Bloggen auf WordPress.com.



» *Hajo Funke*

Juni 2013

M	T	W	T	F	S	S
					1	2
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30
« May					Jul »	

S P E N D E N K O N T O F L Ü C H T L I N G S H I L F E I R A N E . V .

Einmalige Spende

Mit jeder noch so kleinen Spende fördern Sie Flüchtlingsprojekte der Flüchtlingshilfe Iran e.V.2010. Sie helfen mit, Menschen in Not mit Lebensmitteln, Decken, Zelten oder mit Kochgeschirr, aber auch Kleidung, zu versorgen.

Fördermitglied / Regelmäßige Spende

Unterstützen Sie die Arbeit unseres Vereins mit einer regelmäßigen Spende und werden Sie Fördermitglied der Flüchtlingshilfe Iran e.V.2010 in Deutschland. Mit Ihrem monatlichen Beitrag helfen Sie die Situation von iranischen Flüchtlingen zu stabilisieren und unterstützen uns bei der Umsetzung nach dauerhaften Lösungen. Ihre regelmäßige Spende gibt uns Planungssicherheit und lässt uns Nothilfe über einen längeren Zeitraum planen.

Bank für Sozialwesen

BLZ 100 205 00

Konto Nr.: 117 6500

IBAN: DE 31100205000001176500

BIC: BFSWDE 33BER

L I N K S

- [a.i.d.a.](#)
- [Blick nach Rechts](#)
- [dokumentationsarchiv](#)
- [Endstation Rechts Bayern](#)
- [Flüchtlingshilfe Iran e.V. 2010](#)
- [Gamma](#)
- [HASKALA](#)
- [Initiative 6.April Kassel](#)
- [Keupstraße ist überall](#)
- [Nebenkläger Scharmer](#)
- [Netzt-Gegen-Nazis](#)
- [No-Nazi.net](#)
- [NSU Nebenklage](#)
- [NSu Recherche](#)
- [NSU Tatort Hamburg](#)
- [Otto-Suhr Institut](#)
- [Publikative.org](#)
- [Störungsmelder](#)
- [Tatort Theresienwiese](#)
- [Touro College Berlin](#)



[Follow this blog](#)

```
if(typeof(networkedblogs)== "undefined"){networkedblogs = {};networkedblogs.blogId=1279943;networkedblogs.shortName="prof-dr-hajo-funke";}
```

- RSS - Beiträge



Bloggen auf WordPress.com.
Das Origin-Theme.

u

Folge "Prof. Dr. Hajo Funke" [Folgen](#)

Erhalte jeden neuen Beitrag in deinen Posteingang.
Schließe dich 8.172 Followern an

Anmelden

Erstelle eine Website mit
WordPress.com